

SPD-Fraktion, Rathausplatz 1, 59192 Bergkamen / Fraktion Bündnis 90, Die Grünen, Rathausplatz 1, 59192 Bergkamen / Fraktion BergAUF, Rathausplatz 1, 59192 Bergkamen / Fraktion DIE LINKE., Präsidentenstraße 40 a, 59192 Bergkamen

An den
Bürgermeister der Stadt Bergkamen
Herrn Bernd Schäfer



Rathaus
Rathausplatz 1
59192 Bergkamen

Tel. 02307-965-389
Tel. 02307-965-373
Tel. 02307-965-392
Tel. 02307-973-6004

E-Mail: spd-fraktion@bergkamen.de
E-Mail: gruene-fraktion@bergkamen.de
E-Mail: bergauf-fraktion@bergkamen.de
E-Mail: fraktion-dielinke@bergkamen.de

Bergkamen, 13.03.2025

Bezahlkarte für Geflüchtete – Umsetzung der „Opt-Out-Regelung“

Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Fraktion BergAUF, und Fraktion DIE LINKE.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schäfer,

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, BergAUF und DIE LINKE. beantragen, nachfolgenden Antrag in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates der Stadt Bergkamen, am 27.03.2025 zu beraten und zu beschließen.

Antrag:

Rat der Stadt Bergkamen beschließt sich gegen die Einführung der sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete auszusprechen und stattdessen auf bewährte und integrationsfördernde Lösungen zu setzen. Die Verwaltung wird dementsprechend beauftragt, die bisherige Praxis der Leistungsauszahlung beizubehalten und macht von der „Opt-Out-Regelung“ Gebrauch.

Begründung:

Am 18. Dezember 2024 hat der Landtag NRW eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes beschlossen, die die Einführung einer Bezahlkarte für

Geflüchtete vorsieht. Es gibt viele Gründe, die dagegen sprechen.

1. Fehlende Notwendigkeit: Die Einführung der Bezahlkarte wird häufig mit der vermeintlichen Notwendigkeit begründet, Geldtransfers ins Nicht-EU-Ausland zu verhindern. Allerdings gibt es laut dem Bundesfinanzministerium keine belastbaren Daten, die eine solche Notwendigkeit belegen. Expert*innen, wie das Kieler Institut für Weltwirtschaft, weisen darauf hin, dass die Höhe der Leistungssätze den Umfang möglicher Transfers gering hält und diese somit keinen signifikanten Anreiz für Migration darstellen.

2. Bürokratischer Mehraufwand: Die Einführung einer Bezahlkarte würde nicht zu einer Vereinfachung der Verwaltungsabläufe führen, sondern vielmehr zusätzliche bürokratische Strukturen schaffen. Dies würde die zeitlichen und personellen Ressourcen der Mitarbeitenden binden und die Effizienz der Verwaltung beeinträchtigen. In unserer Kommune haben sich bereits funktionierende Abläufe etabliert.

3. Integrationshemmende Wirkung: Die Bezahlkarte könnte geflüchtete Menschen stigmatisieren und ihre Integration in die Gesellschaft erschweren. Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsinitiativen, Gewerkschaften und Kirchen haben bereits auf die diskriminierenden Auswirkungen hingewiesen, die mit der Einführung einer solchen Karte verbunden sind. Wir sollten stattdessen auf Maßnahmen setzen, die die Teilhabe und Integration geflüchteter Menschen fördern.

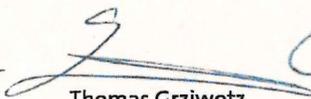
4. Opt-Out-Regelung: Die Möglichkeit für Kommunen, die Bezahlkarte nicht einzuführen, sollte genutzt werden, um an bürokratieärmeren und integrationsfördernden Modellen festzuhalten. Wir fordern den Rat der Stadt Bergkamen auf, diese Option zu ergreifen und sich klar gegen die Bezahlkarte auszusprechen.

Der aktuelle Antrag zielt darauf ab, auf Grundlage der mittlerweile gesetzlich beschlossenen Regelungen den erforderlichen konkreten Opt-Out-Beschluss zu fassen.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter Mittmann
Vorsitzender der
SPD-Fraktion



Thomas Grziwotz
Vorsitzender der
Fraktion Bündnis
90 / Die Grünen



Claudia Schewior
Vorsitzende der
Fraktion BergAUF



Oliver Schröder
Vorsitzender
der Fraktion DIE
LINKE

Nachrichtlich an:

Erste Beigeordnete, Frau Busch
Technischer Beigeordneter, Herrn Toschläger
Beigeordnete und Kämmerin, Frau Diebel
Fraktionsvorsitzender CDU, Herrn Heinzl
Fraktionsvorsitzende FDP, Frau Lohmann-Begander